

gegenüber einem angeblichen „Diplomaten“ ausgesprochen hat. (Vgl. den Artikel der „Köln. Ztg.“ in vorletzter Nummer.) Dieser „Diplomat“ wird vermuthlich seine zwingenden Gründe gehabt haben, staatsmännische Bescheidenheit nicht zu beobachten. Ob indessen der auf diesem Umwege an die gemäßigten Liberalen gerichtete Appell des Reichskanzlers ein volles Echo finden wird, muß nach der Stimmung wie nach den Abstimmungen in der Kirchengesetz-Commission einstweilen fraglich erscheinen. Von Abgeordneten, die in der kirchenspolitischen Frage durchaus nicht auf dem Boden der reinen Ablehnung stehen und die den guten Willen haben, den Entwurf des Herrn v. Puttkamer nach Möglichkeit zu verbessern und wenigstens in einigen Punkten annehmbar zu gestalten, konnte man ihr offenes Befremden darüber ausdrücken hören, daß sie als unselbständige Nachbeter der von den „Reisen“ ausgehenden Parole hingestellt würden. Sie weisen darauf hin, daß sich im Regentheil noch Gelegenheit bieten werde, die Unabhängigkeit ihrer Abstimmung auch nach unten hin zu beweisen. In der That geht die öffentliche Meinung, deren Befangenheit der Reichskanzler anklagt, in ihrer Beurtheilung der willkürlichen Gewalt weit über die maßvolle Haltung gerade derjenigen Abgeordneten hinaus, die der leitende Staatsmann bei seinem herben Worte offenbar ins Auge gefaßt hatte.

Eben dieselben Officiösen, welche noch vor wenigen Tagen versicherten, daß nach dem etwaigen Abgange des Fürsten Bischof ein liberal gefärbtes Ministerium an das Regiment kommen werde, welches den liberalen Forderungen auch nicht einen Finger breit entgegenzukommen geneigt sei, behaupten jetzt, nach der durch die „Köln. Ztg.“ vermittelten Veröffentlichung der Aeußerungen des Kanzlers über die innere Lage, es sei ganz selbstverständlich, daß nur ein conservativ-liberales Ministerium ihn ablösen könne, wenn er sich auf die Leitung der auswärtigen Politik beschränken wolle. Die Gründe für solch widerspruchsvolles Gebahren sind nicht weit zu suchen. Galt es noch vor wenigen Tagen, den Ultramontanen die Annahme des Kirchengesetzes mundgerecht zu machen, so scheint jetzt Alles darauf anzukommen, die Rational-liberalen für die Vorlage zu gewinnen, indem man ihnen wiederholt mit der conservativ-liberalen Regierung droht. Aber die alten Klünste versagen nicht mehr. Jedermann ist überzeugt, daß eine solche Regierung, falls sie überhaupt die Hülfe der Herrschaft in die Hand nehmen sollte, nur von recht kurzer Dauer sein könnte und daß sie auf dem Felde der Gesetzgebung überhaupt Nichts zu Wege bringen würde, weil die nächsten allgemeinen Wahlen eine ungewisshalt liberale Mehrheit in die gesetzgebende Körperschaft entsenden. Mag dann immerhin das reactionäre Ministerium noch eine Zeit lang die Geschäfte führen; seine Tage sind gezählt, und den Augenblick, wo es zusammenbrechen muß, weiß auch Fürst Bischof ganz genau zu berechnen.

Die schon gestern besprochene Häufung von Eisenbahn-Unfällen giebt dem „Berl. Tagbl.“ Anlaß, die Frage des „Affessorismus“ im Eisenbahnwesen zu behandeln. Bei der großen Zahl der immer wiederkehrenden Eisenbahn-Unfälle sollte man doch am Ende einmal auf die Frage kommen: Trägt nicht das Verwaltungssystem einen erheblichen Theil der Schuld? Da liest man heute und öfter in den Blättern sardonische Bemerkungen über russische Verwaltung, in der Generale zur Aufsicht und Leitung von Universitäten bestellt werden. Aber welcher Unterschied ist es denn, wenn bei uns die Verwaltung rein technischer Institute, die Entscheidung rein technischer Fragen in Händen von Juristen liegt? Darin findet man nichts Sonderbares! Doch, nachdem der Besitz des Staates an Eisenbahnen sich so enorm vergrößert hat, nicht mit einer einzigen einschneidenden Maßregel in die alte Organisation eingegriffen ist, überhört man völlig. Wo ist denn die der Volkswirtschaft versprochene wirksamere Decentralisation, wo die Gleichstellung (mehr verlangt man ja nicht einmal!) der Fachleute mit den Juristen?! Die Vorsitzenden der Eisenbahndirectionen und der Betriebsämter sind mit ganz verschwindenden Ausnahmen Juristen, die bürokratische Verwaltung ist noch verstaubt. Aber hierin sucht man wunderbarer Weise nicht eine Quelle von Missethäten. Bei Vorfällen, wie der neuliche bei Blumenberg, schreibt der entsandene Jurist die Verichte. Und die Rapporte sämtlicher Fachleute passieren die Revision des juristischen Vorsitzenden, um dort etwaige Umänderungen zu erfahren. Fälle, in denen juristische Chefs in hervorragenden rein technischen Fragen (z. B. Höhenlage von Terrassen) gegen das Gutachten eines, ja aller befragten Techniker entschieden, sind durchaus nicht vereinzelt. Leider halten sich die technischen Autoritäten dem großen Publicum gegenüber zu sehr zurück. Höre man einmal in Fragen, wie die vorliegende, die erfahrenen Techniker, so wird mehr als einer erwidern, daß der Oberbau mit hülzerne Querschwellen (wenigstens in der üblichen Form ohne Unterlagsplatten auf jeder Schwellen) die nötige Sicherheit für Hauptbahnen mit großem Schnellungsverkehr nicht bieten kann!

Die Sprachenzwang-Berordnung bildet in Böhmen noch immer den Gegenstand aller politischen Tagesgespräche, und die Deutschen des Landes sind darüber einig, daß dieselbe eine Verfassungverletzung enthalte, weil sie vom Kaiser ohne Befragung des Reichstages erlassen worden sei. Anfallt die Nationen zu versöhnen, hat sie den Streit zwischen den Tschechen und Deutschen in Böhmen von Neuem angefaßt, so daß der Ruf: die Czech, die Deutsch jetzt allenthalben zur Parole wird. Wie das Bezirksgericht Leitmeritz in deutscher Sprache abgefaßte Eingabe einfach mit der in czechischer Sprache

geschriebenen Bemerkung, daß man dort kein Deutsch verstehe, zurücksandte, so hat das Egerer Gericht eine czechisch geschriebene Eingabe zurückgewiesen und somit dargelegt, daß es die Sprachenzwang-Berordnung nicht anerkennt. Welche Unannehmlichkeiten durch solche Vorfälle entstehen, ist leicht denkbar, und viel besser wäre es gewesen, Graf Taaffe hätte die Czechen schmälen lassen, als daß er ihnen derartige Concessionen machte. Die Deutschen waren und sind das Culturelement für den österreichischen Staat, während die Czechen mit ihren panslavistischen und anderen excentrischen Gelüsten eher als Hemmschube der Cultur angesehen werden können. Es ist ganz unklug, die doch im Aussterben begriffene czechische Sprache wieder zur Geltung bringen zu wollen; denn jenseit der Grenze von Steiermarken versteht diese Sprache kein Mensch mehr. Die Arnseligkeit ihrer Literatur ist ein Zeichen dafür, daß sie kein Bildungselement ist, und die wissenschaftlichen Ausdrücke fehlen in der czechischen Sprache fast gänzlich. Nachdem so viele deutsche Vorkämpfer Proteste gegen die Sprachenzwang-Berordnung resp. Zustimmungsdressen an die deutschen Abgeordneten losgelassen haben, hat sich kürzlich die Bezirksvertretung von Eger, eine rein deutsche Körperschaft, auch mit dieser Frage beschäftigt. Obwohl der mit anwesende Statthalter Rath Beith dagegen bemerkte, daß die Erörterung politischer Fragen nicht in den Wirkungsbereich der Bezirksvertretung gehöre, hat sich dieselbe doch dadurch nicht beunsichern lassen, sondern eine lebhafte Debatte deswegen geführt. Der Bürgermeister von Eger sprach für Abänderung einer directen Petition an den Kaiser; doch nahm die Bezirksvertretung schließlich folgende Resolution, welche den beiden Reichstagsabgeordneten Dr. Vauterth und Taaffe zugestellt und anderen deutschen Abgeordneten zur Kenntniß mitgetheilt werden soll, an: „In Erwägung, daß durch die Sprachenzwang-Berordnung vom 19. April d. J. für die Deutschen Böhmens eine Zwangsangelegenheit geschaffen wird, welche dieselben in ihren verfassungsmäßig garantierten Rechten beeinträchtigt und verkürzt; in Erwägung, daß durch solche, schon mehrmals versuchte Experimente die Bande der Einigkeit unter den Völkern zerrissen und an deren Stelle Zwietracht und Unfriede gesetzt wird, wodurch eine Gefährdung der Macht und des Bestandes des Reiches unausbeheblich ist; verwahrt sich die Vertretung des jeberzeit patriotisch gesinnten deutschen Egerer Bezirks gegen diese Berordnung und deren Folgen, spricht den verfassungstreuen Abgeordneten für ihr mannhaftes Eintreten gegen die Anwendung der Berordnungsgewalt der hohen Regierung ihren Dank aus und erwartet zuversichtlich die eheste Behebung dieser den Staatsgrundgesetzen widersprechenden Ministerial-Berordnung.“ Wenn Graf Taaffe fortfährt, das deutsche Element in Böhmen zu verlegen, so wird es nur zu bald wahr werden, was der Abg. Ritter v. Schönerer gesagt hat, nämlich: die Deutschen an der Grenze werden ihren baldigen Anschluß an Deutschland herbeiwünschen.

In Belgien haben am Dienstag die Ergänzungswahlen für die Deputirtenkammer stattgefunden. Es handelte sich um die Erneuerung von 66 Mandaten. Bis jetzt liegen folgende telegraphische Mittheilungen über das Wahlergebnis vor. In Brüssel und Neuschateau haben die Liberalen zwei Siege gewonnen. In Vastogne, Marche und Wöven wurden die bisherigen liberalen Deputirten und in Philippeville, Arlon und Nivelles die bisherigen liberalen Deputirten wiedergewählt. In Brüssel ging die von der liberalen Association aufgestellte Candidatenliste mit einer Majorität von 5400 Stimmen durch. In den Wahlbezirken Dinant, Malines, Dismude und Jarnes wurden die katholischen Candidaten wiedergewählt; in Namur trug der katholische Candidat den Sieg davon, im Uebrigen sind daselbst noch 3 Stichwahlen notwendig. In Antwerpen ging die von der katholischen Partei aufgestellte Candidatenliste mit 200 Stimmen Majorität durch. In Brügge wurde ein katholischer Candidat gewählt, außerdem wurden noch zwei Stichwahlen erforderlich. — Ein Telegramm des „Berl. Tagbl.“ meldet aus Brüssel vom 8. Juni, daß der Vertreter Belgiens beim päpstlichen Stuhl abberufen worden sei.

Die letzten Wahlen kein gutes Zeichen für die Ruhe der französischen Republik. Blanqui ist in Lyon zwar durchgefallen, aber nur mit Hälfte des Lyoner Centralcomité, das für Vallée in die Schranken trat, obgleich Derselbe ein ungleich schlimmerer Radicaler ist als Blanqui. Dieser ist ein alter Karr, Jener dagegen ein Mann, der ein Programm aufgestellt hat, das den radicalen Forderungen der Communarden nicht nachsieht. Der rothe Schweiß der Deputirtenkammer wächst an Zahl und wird nicht verschleht, sich wichtig zu machen, um sich den Wählern zu empfehlen. Gleichzeitig ist mit der Wahl Freppel's, des Bischofs von Angers, der erste Schritt zur Bildung eines schwarzen Regiments in der Kammer geschehen. Freppel hat die Erlaubniß des Papstes zu seiner Wahl erhalten und wird nicht verschleht, von sich reden zu machen. Er hatte ja seine Wahl zugleich als eine That der Frömmigkeit für das Volk empfohlen! Die Jesuiten finden es jetzt an der Zeit, in den französischen Kammern eine ultramontane Partei zu gründen, und man erwartet wohl nicht ohne Grund, daß fortan die Parole bei den Wahlen die Gründung einer Bischofsbank sein wird, welche dem Episcopat wieder eine entscheidende Stimme in der Gesetzgebung und Regierung erobern soll. Die Curie fühlt sich den jetzigen Nachtbildern sehr überlegen und behandelt Freppel so vornehm, daß alle Versuche, mit dem Papste wegen der Würdcrete zu unterhandeln, gescheitert sind. Die Ordensgemeinschaften sind und bleiben mit den Jesuiten solidarisch, und die Curie spielt ein Spiel, als wenn sie ihrer Sache vollständig gewiß sei und das jetzige Regiment in

Frankreich kaum noch Monate Bestand haben würde. Die katholische Kirche tritt unter der Führung des Syllabus als streitende politische Partei gegen das liberale moderne Staatswesen ins Feld. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Rom vom 8. Juni telegraphirt: „Cardinal Jacobini hat Auftrag erhalten, der deutschen Regierung mitzutheilen, daß die Curie bereit sei, neue Verhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen.“ Man hat wohl keinen Grund, dieser Nachricht mit Mißtrauen gegenüberzutreten. Offenbar kämpften in Rom verschiedene Strömungen mit einander; es ist durchaus glaubhaft, daß die „friedfertige“ Strömung die Oberhand gewonnen hat. Man muß sich dabei freilich vor dem Mißverständnis hüten, als ob die friedliebende Partei in Rom gewillt sei, größere Zugeständnisse zu machen; der ganze Unterschied besteht darin, daß die eine ihren Vortheil in dem Verzögern der Verhandlungen zu finden glaubt, die andere in dem drohenden Abbruch der Verhandlungen.

Der „Regierungsbote“ von St. Petersburg bringt ein Schreiben des Kaisers an den Grafen Voris-Melissoff, in welchem es heißt, die von allen Ständen der Petersburger Bevölkerung bei Ueberführung der sterblichen Ueberreste der Kaiserin aus dem Winterpalais nach der Peters-Paulskathedrale bekundete Theilnahme habe ihn und die kaiserliche Familie mit großem Trost in ihrer tiefen Trauer erfüllt. Dieser aufrichtige Ausdruck der Liebe und Treue habe von jeder ein unbestreitbares Zeugniß abgelegt von der zwischen dem russischen Volke und seinem Kaiserhause herrschenden Einigkeit, welche die Borsehung zum Ruhme und Glücke Russlands immer unerschütterlich erhalten möge. Schließlich beauftragt der Kaiser den Grafen Voris-Melissoff, allen Bewohnern der Residenz seinen herzlichsten Dank für die bewiesene Theilnahme auszusprechen.

Wie es scheint, haben die russischen Socialisten ihre Taktik geändert; einstweilen, weil sie das Bedürfniß fühlen, ihr Schlagfeld fern von der unmittelbaren Action der von dem energischen und gewandten Grafen Voris-Melissoff präsidentirten obersten Commission zu etablieren, und andererseits, weil sie ihr Schredenssystem sich gegen sich selbst lehnen sehen. Dies hindert indes nicht, daß noch immer einige todsüchtige Angehörige der Partei der Polizei zu schaffen machen. So circulirt in Petersburg das Gerücht, daß man weiter zu verbreiten Anstand nehmen würde, wenn es nicht ein so streng officielles Organ wie die „Pol. Corr.“ in Wien mittheilte: man soll in Petersburg jüngst eine aus dem Auslande kommende Mission verhaftet haben, welche eine Quantität Raketen und Heuschrecken mit sich gebracht habe, die sie in den nördlichen Gewerensystemen verbreiten sollte. Es wäre sonach der Zweck dieser nihilistischen Missionäre, auch in diesen Gouvernements eine Hungersnoth, wie sie in den südlichen schon vorhanden ist, hervorzurufen, um sie in ganz Rußland allgemein zu machen, weil man dadurch die Bevölkerung zum Aufstande zu treiben hofft. Gewiß wurde niemals ein teufelischer Plan von einem menschlichen Gehirn ausgedacht, und man fragt sich, ob man es nicht mit Mühen, wüßten Pesten zu thun habe. Die Nachricht klingt indes trotz der halbamtlichen Quelle ungläublich.

Das Schauspiel, welches die republikanische National-Convention der Vereinigten Staaten in Chicago bietet, ist ein sehr unerwartliches. In wirklich widerwärtiger Weise wird um die Stimmen für einzelne Candidaten gehandelt und gefeilscht, und Abstimmung auf Abstimmung erfolgt ergebnislos. Der ganze Kampf innerhalb der Convention läuft auf einen Keimtertscher oder sonstiger Erlangung materieller Vortheile hinaus. Unter solchen Umständen sucht natürlich jede Partei die Entscheidung so lange als möglich hinauszuziehen, um von den Candidaten den höchsten Preis herauszuschlagen. Allerdings handelt es sich zunächst nur um einen Kampf innerhalb eines Theiles der republikanischen Partei, allein es sind auch die einträglichsten Keimtertscher, welche den Delegirten oder den mit ihnen verbundenen Keimtertschern zufallen. Deshalb ist es leider nur zu leicht zu erklären, wie die Chancen dieses oder jenes Candidaten von einem Tage zum andern, ja von einer Stunde zum andern wechseln können. Es kommt darauf an, wer den Anhängern Sherman's, Emund's und Washburne's mehr bieten kann, ob Grant, oder Blaine, oder ein Anderer, denn nur Der wird gewinnen.

Die 36. Abstimmung der republikanischen Convention am Dienstag ergab ganz unerwartet für Garfield 399, für Grant 304, für Blaine 42, für Sherman 3, für Washburne gleichfalls 3 Stimmen. Sofort, nachdem dieses Ergebnis verkündet worden war, stellte der Führer der Anhänger Grant's, Senator Conling, den Antrag, die Ernennung Garfield's zum Präsidentschafts-Candidaten zu einer einstimmigen zu machen. Der Antrag wurde angenommen und Garfield unter enthusiastischen Kundgebungen der Conventionsmitglieder einstimmig zum republikanischen Präsidentschafts-Candidaten ernannt. Die Convention vertagte sich hierauf bis 5 Uhr Nachmittags. James A. Garfield war bisher Mitglied der Repräsentantenkammer von Ohio und wurde kürzlich zum Senator für Ohio gewählt.

Die Dislocation der Leipziger Trinkstuben.

Es giebt Karten, auf denen durch verschiedene Farbentöne die Bevölkerungsichtigkeit, die Parteilichung bei Reichs- und Landtagswahlen, das Religionsbekenntniß, der Bildungsgrad eines Landes anschaulich gemacht wird. Auch Städtepläne lassen sich solchergehalt bearbeiten. Es müßte von Interesse sein, unter Annehmern einen Uebersicht zu erhalten über gewisse Trockenheitsverhältnisse in den einzelnen Stadttheilen

oder mit anderen Worten eine Uebersicht des verschiedenartigen Trinkbedürfnisses nach Stadtvierteln. Verfaßt hat sich nach Maßgabe des Verzeichnisses der 675 Leipziger Restaurationen und Schenkelocale im neuesten „Adreßbuche“ eine solche Orts- und Heimathskunde für angehende Besucher mit einer der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Sorgfalt statistisch construirt.

Es findet sich dabei, daß ein Viertel sämtlicher Restaurationen auf die von der Ringstraße und dem Promenadengürtel umschlossene innere Stadt entfällt. Das Uebrige bleibt für die älteren und neueren Vorstädte, eine hübsche Summe von 500 Restaurationen. Da die Zahl der Vorstadtstraßen überhaupt verkommen, 120 beträgt, so stellt sich der Durchschnittsbelag mit Schenkelocalen auf vier für jede Straße.

Würde man sich einen Stadtplan von Leipzig nach der Dichtigkeit der Restaurationen in den Straßen coloriren, so würde der dunkelste Ton auf die Gerberstraße fallen, da selbige allein 19 Bierlocale enthält. Nächst ihr würde die viel neuere Blücherstraße hervorzutreten sein, wo an 16 Häusern der bekannte Arm mit dem noch bekannteren Reichen herauströmen würde. Die Windmühlenstraße und die Berliner würden die nächstfolgende Schattirung erhalten müssen, sie haben eine jede 15 Restaurationen. Die sonst wenig in den Vordergrund tretende Ulrichstraße käme an vierter Stelle mit 13, die ihr so nahe liegende Sternwartenstraße und im Westen der Ransbüttler Steinweg erschienen an fünfter Stelle mit je 11 Localen, die Nürnberger Straße und der Königsplatz in sechster Linie mit je 10 Haltestellen des Gambrinus.

Immer noch weiter abtupelt sich die Sünderstadt als Führerin den übrigen voran: der Brandweg und die Süd- und Körnerstraße figuriren mit 9 Trinkstuben, gerade so wie im Westviertel die Franfurter Straße. Die Windmühlengasse, Zeiter und Koblentstraße mit je 8 Restaurationen sichern der Südstadt Leipzigs aufs Neue den Sieg.

Die „heilige Sieben“ bleibt betreffs der Trinkstubenziffer auch in der folgenden Rubrik vorzugsweise der Südstadt vorbehalten. Albert-, Sidonien-, Sophien- und Hospitalstraße, sowie Johanneßgasse sind je mit 7 Restaurationen belegt. Im Westen und Südwesten können Dies nur noch die Sebastian-Bach-Straße und die Brandvorwerkstraße von sich sagen.

„Sechse treffen!“ singt der „Kölnisch“ durstige Kasper im Freischütz so richtig. Die Zahl geht auch für die Koch- und Algowstraße und Münzgasse im Südosten, die Fregestraße im Westen, die Cautricher im Norden.

Die letzte Rubrik, welche über den Durchschnitt sich erhebt, ist diejenige, bei der die Restaurants-quoten für die Straße fünf beträgt. Wieder giebt der Südstadt den Ton an, und zwar von der Poststraße bis zur Anton-, Emilien-, Friedrich-, Reyer-, Hohen- und Dresdener Straße. Im Nordosten folgen die Reudniger und Taucher, im Norden die Nordstraße, im Westen die Dorotheen-, Alexander- und Colonnadenstraße, sowie „An der Pleiße.“ Als Minimum des Belags figurirt eine alleinstehende Restauration für ganze Straßen, wie die Thal-, Königs-, Auen-, Park-, Färber-, Linden-, Reibitz-, Kiebig-, Marschner-, Schenklendorferstraße, die kleine Burggasse und die Blumengasse, den Blücher-, Augustus-, Pairschen, Plauenischen und Theaterplatz. Endlich hat der Schleußiger Weg auch nur einzige Station dieser Art.

Sollen wir endlich auch diejenigen Straßen und Plätze namhaft machen, die (nach unserer Quelle) bei der Theilung der Erde von Zeus auf seinen Hohen leider mit der Bierversorgung vergessen worden zu sein scheinen?

Nicht genannt sind in der obigen Gewinnliste des Gambrinus die stolze Schillerstraße, die Canal- und Pontiatowstraße und trotz des „Cantores amant humore“ die Davids-, Vorberg-, Hiller- und Bollnerstraße, die Dörrien-, Erlens-, Garten-, Wiesen-, Felix-, Geller-, Jacobs-, Fichte-, Firschen- und Kaiser-Wilhelmstraße, der Täubchenweg und andere mehr.

Wir denken, ihnen allen kann über kurz oder lang noch geholfen werden, ehe die Trockenheit zur Landplage wird.

(Eingefandt.)
Zum „Kinderhumor.“
 Vor einiger Zeit wollte bei dem Examen einer hiesigen Volksschule ein junger Lehrer seine kleinen Mädchen über das „Biffenblatt“ examiniren. Er hatte deshalb, wohl eingewickelt, ein „Biffenblatt“ mitgebracht. Um die Kinder noch ohne Ansehen darauf zu führen, fragte er: „Ehe Du Morgens zur Schule gehst, welches Blatt siehst Du da an?“ Er erwartete ohne Zweifel die Antwort: „das Biffenblatt“, oder die Ubr.“ Das Kind antwortete aber frisch und sicher: „Ehe ich Morgens zur Schule gehe, sehe ich jedesmal an — das Tageblatt.“

Oberhemden

nach Maß oder Probe von gutem Stoff oder Gerbentuche mit Flach Bielefelder Weinen-Einlage liefert ich von 4 Mark an bis zu den feinsten. Als besonders beliebt empfehle ich Hemden mit Wäscheschlag, vorn offen. Genaues Passen u. gute Arbeit wird garantiert. Bedienung prompt. Gewaschene Stoffproben liegen aus.

Fertige Oberhemden von 3 A an.
Franz Echte,
 Reichstraße 25, Peter Richter's Hof schräger.

Ausverkauf
 d. Waarenlag. d. Firma Carl Kautsch, Thomassg. 7.
 Portem., Cig.-Et., Briefst., Mappen, Albums etc.
 Zu bedeutend ermäßigtem Preise.